

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin S 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: P 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 10 Uhr bis 18 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Zusätzliche Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Verlag: Rosa Luxemburg Verlag, Berlin, Postfach 10000
Postfach 10000, Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Post-
lohn in Berlin und Osten mit eigener Abholung — Fernzusatz 10 Pf.
Postweg mit. Beleggeld 2,50 Mark; Einzelband im Inland jeweils nach
Deutschland, Schweiz, Luxemburg, Ostpreußen und Ostgalizien 4,50 Mark,
übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Ausgabenpreis: Die 12spaltige Kompartiments- und Familienausgabe: Preis 40 Pf.
Aktionenpreis: Preis 15 Pf., Redaktionspreis 25 Pf., bei
jeweils 50 Pf. Arbeitslohn: Preis 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Tiergartenstr. 28. Tel.: (P 1) Berolina 1288, 1218.

Die Kommunistische Partei erhebt Anklage:

Die Mordschuld der Grubenherren

Einheitsfront von SPD. bis zu den Deutschnationalen verhindert Überweisung
von einer Million Mark an die Hinterbliebenen und läßt sie verhungern
„Bergarbeiterführer“ Hufemann verteidigt den Kumpelmord

Genosse Florin rechnet ab

Westeren entlarvte der Reichstag der Satten das
wahre Gesicht der kapitalistischen Schmacherei, des kapital-
istischen Mordsystems. Von der SPD. bis zu den
Deutschnationalen wurde verhindert, daß fol-
gender Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion
sogar im Reichstagsplenum behauptet wird:
„Die Reichsregierung wird ersucht, sofort den kor-
rekten Vertrag von einer Million Mark bereitzustellen,

gemeinsam durchzuführen. Ja, er erklärte sich, angesichts der kaum
erkalteten Körper der erschlagenen Kumpels zu erklären, daß es
ja im Bergbau immer Tote geben wird!

Unter stürmischer Zustimmung der kommunistischen Fraktion
Genosse Florin aus:

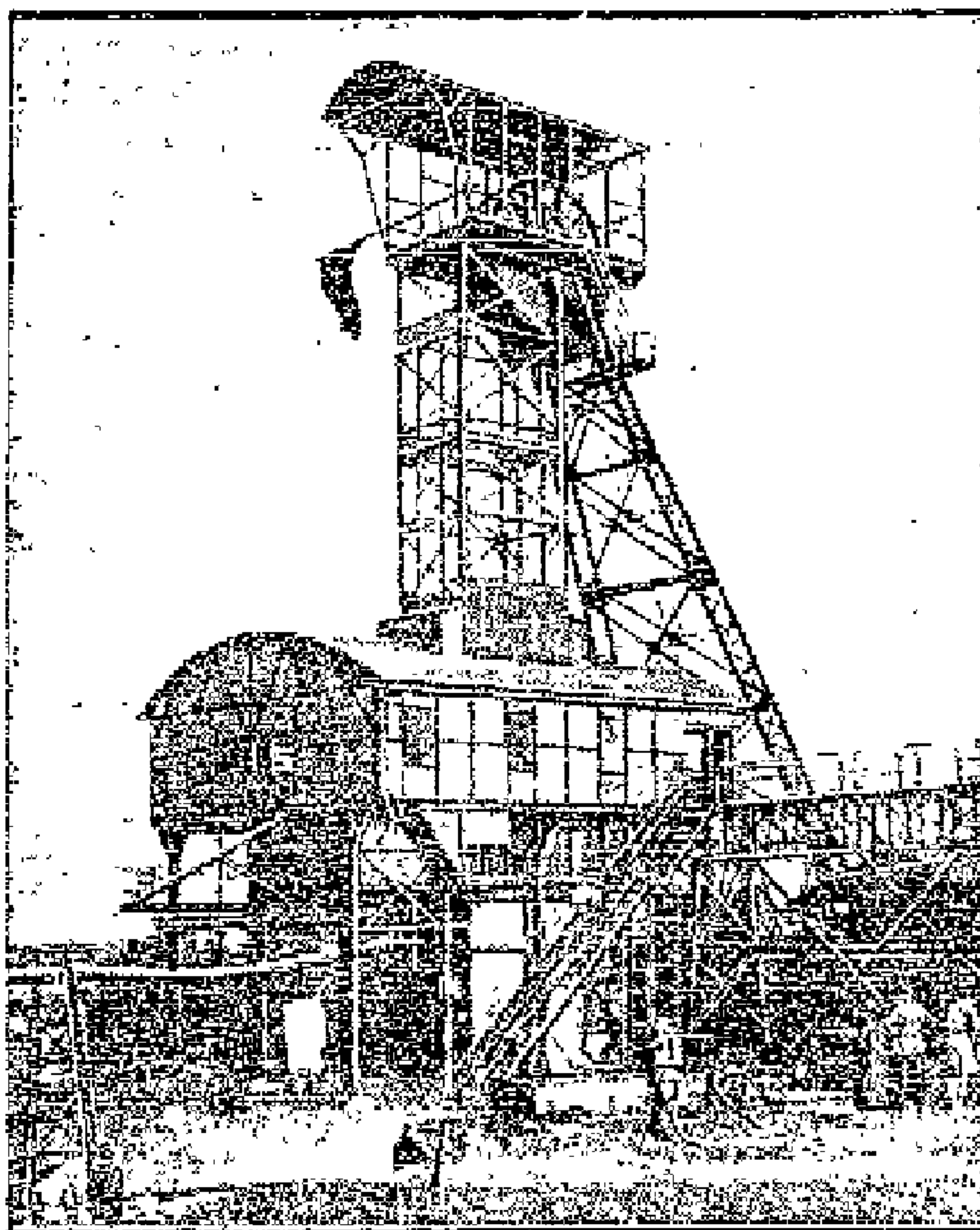
„Sie sprechen hier über ein Unglück und schon läuft die
Meinung ein, daß in Weichenfels bereits wieder Berg-
arbeiter verunglückt sind. (Hört! Hört! bei den Komm.) Der
Herr Minister stellt sich hierher und spricht davon, daß die
„gegenwärtige“ Not gelindert werden muß. Solche Versicherungen
sind wiederholt im Reichstag gefallen. Jedesmal, wenn zu
einem Bergarbeiterunglück Stellung genommen wurde
(Sehr wahr! bei den Komm.) Als im Jahre 1928 in Kradob
im Ruhrgebiet das große Bergarbeiterunglück war, eilte der
„mildtätige“ deutsche Kronprinz hin, um solche Reden vom
Trapel zu lassen, wie wir sie gegenwärtig von den Ministern
hören. Aber der Kronprinz wurde von den Bergarbeitern aus-
gespöttelt, er wurde von den Frauen droorgesagt. Das war die

richtige Antwort der Bergarbeiter, die sie auch heute denen
geben müssen, die glauben, mit ein paar tausend Mark die ganze
Schuld des kapitalistischen Systems zu verteidigen. (Sehr wahr!
bei den Komm.)

Stralhofer Massenmord

Seit 1871 gibt es in Deutschland ein Strafgesetzbuch, nach
dem laut §§ 222 und 321 Unternehmer, die leichtfertig Leben
und Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzen bestraft werden
können. Doch noch niemals ist ein Bergbauunternehmer bestraft
worden. (Hört! hört! bei den Komm.) Vor einigen Jahren
war im Stralhofer Gebiet auch ein Bergarbeiterunglück.
Im Reichstag fand eine Trauerkundgebung statt, und dieselben
Leute, die diese Kundgebung veranstalteten, verurteilten das
Kampfschutzgesetz zu Ungunsten der Hinterbliebenen. Sie ver-
längerten die Arbeitszeit und gingen dazu über, das Lerna-
system in der Grube auszubauen. Die Bergarbeiter müssen
daher auch die heutigen Trauerkundgebungen durchschauen.

Als vor einem Jahre 34 Bergarbeiter ihr Leben lassen
mussten, da erklärte selbst die Bergbehörde, daß die Verwaltung
schuldig war. Der Staatsanwalt klagte gegen die Verwaltung
und das Gericht, die Klassenjustiz, sprach die Verwaltung frei.
(Hört, hört! und Applaus bei den Komm.) Anders kann es
ja auch heute nicht sein. Wir glauben nicht daran, daß die



Schwarze Fahne auf dem Förderturm der Wenzeslausgrube

um die Notlage der durch das schreckliche Grubenunglück
auf der Wenzeslaus-Grube bei Neurode betroffenen
Bergarbeiterfamilien zu lindern.“

Die sozialdemokratischen Arbeitervertreter, die bür-
gerlichen Scharfmacher, sie wagten es, diesen Antrag
auf sofortige Unterbringung der Witwen und Waisen des
Neuroder Hungerlandes im Ausschuss zu begraben.
Dort, auf grünem Tisch, wurden sie sich rästel, während
die Hinterbliebenen verhungern. Dort wurden sie seit-
lichen and schwärzen, um elende Unterschlupfspeunlige
für die Opfer ihres Systems.

Da schlug die Faust des Führers des Ruhrproletariats,
des Genossen Florin, den Gleichmut der Arbeiterjude.
In zündenden Worten prangerte er das Verbrechen der
Grubenherren, des widerwärtigen Antreiberstems
der kapitalistischen Nationalisierung als die
wahre Ursache des 150fachen Todes an.

Unter einem Sturm der Entrüstung nannten die kommunistischen
Wänter verhehle der deutschnationale Bergwerksbesitzer Geo-
pold einige Worte der Entschuldigungs zu sammeln. Sie gingen
unter in den kleinsten Niederkrühen der Kommunisten. Da
meldete sich der reformistische Vertreter der Bergarbeiter, der
Bergarbeiterführer zum Vork, bestrebt, den gewaltigen Ein-
druck der Worte unseres Genossen Florin abzuschwächen. Kein
Wort findet er genau die Arbeiternehmer. Kein Wort über die
Schuld des kapitalistischen Profitstems, kein Wort über den
Lohnraub, den Unternehmertum und reformistische Bürokratie

Anschlag auf die Arbeiter und Angestellten bei AEG. und Siemens

Lohnraub von 10 Prozent, Gehaltsraub von 20 Prozent durch Feier-
schiichten und Sondervereinbarungen — Vor der Ausdehnung auf die
gesamte Berliner Metallindustrie — Schafft die gemeinsame Kampffront

Der AEG-Konzern will außer der bestehenden Kurzarbeit
noch zwei unbezahlte Feierschiichten pro Monat für
die Arbeiter und Angestellten einlegen. Das bedeutet für die
Arbeiter einen Lohnraub von 10 Prozent. Der An-
gestellten sollen durch Feierschiichten und Gehaltsraub
20 Prozent des Gehaltes geraubt werden. Der besondere Ge-
haltsraub an den Angestellten soll durch Sonderverein-
barungen zum Tarif durchgeführt werden. Diese Maß-
nahme soll nicht nur im engeren AEG-Konzern, sondern
auch in den dem AEG-Konzern angeschlossenen Betrieben wie
& Genest, Indra-Werke, Dr. Paul Meyer und
anderen durchgeführt werden.

Die AEG-Direktion hat sich mit Siemens in Ver-
bindung gesetzt und auch Siemens hat sich bereit erklärt, den
Betrieb zwei Tage stillzulegen, wenn in der gesamten Ber-
liner Metallindustrie zwei Tage im Monat ausgesetzt
würde.

Der Unternehmerangriff richtet sich gleichzeitig gegen die
Arbeiter und die schlechtbezahlten Angestellten. Die Sonder-
vereinbarungen zum Tarif in der Berliner Metallindustrie
sollen für das ganze Reich das Vorbild liefern, den Lohn-
raub ohne Rücksicht auf den Tarifvertrag durchzuführen.

Die Reformisten sind bereit, nach einigen Schacher den
Maßnahmen der AEG-Gewaltigen zuzustimmen, um den
Kapitalisten über die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Met-
tallindustrie hinwegzujagen. Die DMR-Bürokratie lehnt die
Forderungen der Kommunisten und der AEG auf Kampf für
Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich ab.

Die Reformistische Gewerkschaftsopposition im AEG-Kon-
zern hat sich aufs schärfste dagegen gewandt, die Arbeitszeitver-
längerung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten durchzuführen.
Die AEG. wendet sich in einem Flugblatt an die Metallarbeiter
und Angestellten der AEG. und von Siemens mit der Auffor-
derung, im Streik gegen Lohn- und Gehaltsraub die gemeinsame

Kampf der Arbeiter und Angestellten zu schaffen. Es ist die Auf-
gabe in diesen Betrieben und in der gesamten Berliner Metalls-
industrie, für die Tarifforderungen der AEG. zu kämpfen und
vorbereitende Kampfaufläufe der Arbeiter und Angestellten in
Kampfsolidarität mit den Gewerkschaften zu bilden.

Die Arbeiter und Angestellten müssen gegen jeden Lohn-
und Gehaltsraub, für volle Bezahlung der Feierschiichten und
der Kurzarbeit, gegen alle Entlassungen, für Siebenstundentag
und 48-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich
zu kämpfen! Das ist die einzig mögliche Antwort auf den An-
schlag der Metallindustriellen.

Zeilstreit in der AEG.-Brunnenstraße

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der AEG. Stanzerei
des Hauses W. J. von der AEG.-Brunnenstraße traten
gestern morgen um 9 Uhr geschlossen in den Streik, um einen
Uffordabbau von 25 Prozent abzumehren.

Wie wir berichteten, war die Weigerung der Abteilung
bereits am Donnerstag in passiver Resistenz getreten,
als sich die Direktion weigerte, die alten Uffordlöhne weiter
zu zahlen. Der Lohn der Einzrichter wurde von 1,35 auf
1,04 Mark, der Lohn der Stanzereiarbeiterinnen von 70 auf 53 Pf.
geleitet. Die Direktion erklärte sich zwar bereit, die alten Ufford-
löhne die vergangene Woche zu zahlen, weigerte sich aber, die
Uffordmethoden zu ändern und den alten Lohn zu garantieren.

Nachdem die Abteilung geschlossen in den Streik getreten
war, sandte die Direktion an alle Kollegen Kollektivbriefe, in
denen mit heillosiger Entlassung gedroht wird. Gestern nachmittag
sand eine Streikerkonferenz statt, in der beschlossen
wurde, bis zur restlosen Erfüllung der Forderungen im Kampf
auszuharren. Ein Komitee wurde für den gesamten Block
W. J. wurde gewählt.